

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2.— Mk., vierteljährlich 6.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abbestellungspreis: Die Expeditionelle 1,30 Mk., von November 1. 1921 ab 2,40 Mk. Nachnahme u. Postumschekung nach 14. Tag, die Expeditionelle 1,30 Mk., von November 1. 1921 ab 2,40 Mk. Bei Abbestellung Rückb. innerhalb des 14. Tages. — Druckverlag Danzig 1921. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 267

Dienstag, den 15. November 1921

12. Jahrgang

Zerstörungswut der Entente.

Berlin, 14. Nov. (W.F.B.) Die Vertreter des Gesamtarbeiterrats des Werkes Spandau der Deutschen Werke A.-G. unter Führung des Vorsitzenden Bild haben heute im Auftrage der deutschen Arbeiterschaft mit General Nollet verhandelt. General Nollet versprach, die von den Arbeitnehmervertretern gegen die Ententemaßnahmen vorgebrachten Gründe der Vorkonferenz zu übermitteln, da er diese Gründe für Aufhebung der Noten durchaus würdige. — Die Arbeitnehmer haben ihre weitere Haltung von abhängig gemacht, ob die alsbaldige Rücknahme der Noten durch die Vorkonferenz erfolgt. Die Abordnung hat betont, daß die Forderungen der interalliierten Kommission in den Reihen der deutschen Arbeiter deshalb als schicklich empfunden würden, weil die deutsche Arbeiterschaft selbst bestrebt sei, die Herstellung von Arbeitsfrieden über das durch den Friedensvertrag bedingte und zulässige Maß hinaus zu verhindern. Die Arbeitervertreter bedeuteten ferner General Nollet, daß das Verlangen der interalliierten Kommission die gesamte deutsche Arbeiterschaft in höchste Erregung versetzt habe und daß man sich entschlossen sei, die geplanten Maßnahmen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln abzuwenden. Die deutsche Arbeiterschaft werde sich an die internationalen Organisationen wenden und sie zur Solidarität auffordern, da hier das Wohl von zehntausenden deutscher Arbeiterfamilien bedroht sei.

Den Blättern zufolge stattete gestern die Berliner Gewerkschaftskommission den Deutschen Werken in Spandau einen Besuch ab, um sich davon zu überzeugen, was dort hergestellt wird. Nach einem Rundgang erklärte sich die Gewerkschaftskommission verständig für die Forderungen der Arbeiterschaft, die sie mit allem Nachdruck vertreten will. Auch der kommunistische Abgeordnete Malzahn hat gestern die Werke besucht. Wie die Blätter aus Dresden melden, versuchten auf Grund einer Denunziation Mitglieder der interalliierten Militärkontrollkommission in die Rodstrowwerke in Heidenau bei Dresden einzudringen, um Durchsuchungen nach versteckten Waffen vorzunehmen. Die Ententeoffiziere verlangten sogar, daß ein Teil der Gebäude demoliert oder gesprengt werden müsse, weil angeblich dort Waffen vergraben oder eingemauert seien. Die Werkleitung und auch die Arbeiter widersetzten sich dem und verweigerten gestern den Offizieren der Kommission den Eintritt in die Fabrik. Es wurde schließlich vereinbart, daß die Offiziere heute die Stellen, an der angeblich die Waffen versteckt sein sollen, in Gegenwart der Direktion und des Betriebsrats durchsuchen sollen. Auf Verlangen der Kommission wird das Werk polizeilich bewacht, um eine Entfernung der angeblich versteckten Waffen zu verhindern. — Die Blätter bemerken dazu, daß die Rodstrowwerke Druckmaschinen, Prägepressen usw. herstellen und auf Waffenfabrikation überhaupt nicht eingerichtet sind. Außerdem ist Heidenau die Hochburg der Kommunisten, die die Herstellung und das Vorhandensein von Waffen nicht dulden würden.

Der Friede mit Amerika.

Präsident Harding hat heute nachmittag um 4 Uhr die Proklamation unterzeichnet, in der der Frieden zwischen Amerika und Deutschland erklärt wird.

Die Mörder ermorden einander.

Neue Blutthaten der Oberländer Feme.

Die Münchener sozialistischen Blätter besprechen unter tiefstem Schweigen der bürgerlichen Presse die Mordtat, die durch den Oberland-Studenten Verthold an einem anderen Mitglied des Freikorps Oberland namens Schweighardt in der Nähe von Graz verübt worden ist. Fest steht, daß ein Schweighardt an dem politischen Mord im Forstrieder Park beteiligt war, ferner stand fest, daß Schweighardt im dringenden Verdacht steht, Gareis ermordet zu haben. Fest steht weiter, daß Verthold, der seinerzeit den Mordüberfall auf Dobner inszeniert hatte, ebenfalls der Mordtat an der Ermordung Gareis dringends verdächtig ist. Die Münchener „Post“ glaubt, daß durch die neuerliche Oberländer-Mordtat Licht in das Dunkel des Erzberger-Mordes gebracht worden sei. Das U.S.P.-Organ, die „Morgenpost“, schreibt, daß hierdurch der Schleier, der über dem Attentat auf Gareis lag, gelichtet worden sei. Die Münchener Volksstimmung aber schweigt

und sieht sich nur unter dem steten Druck der Sozialisten gezwungen, den Verdachtsmomenten nachzugehen.

Der Streit um die Beute.

Aus Kattowitz wird berichtet: Die „Gazeta Robotnicza“ schreibt unter der Überschrift „Gewinnlüchtige französische Kapitalisten“ u. a.: „In den französischen finanziellen Kreisen herrscht lebhaftes Interesse für die Entwicklung der oberschlesischen Industrie in dem an Polen abzutretenden Gebiet. Es sind Verhandlungen darüber im Gange, daß in den Unternehmen, die an Polen fallen sollen, bedeutende französische Kapitalien angelegt werden. Die Nachrichten über die Gründung verschiedener englischer Konsortien zur Ausbeutung der Kohlenlager in Rybnik und Pleß haben hier starke Beunruhigung hervorgerufen. Die französischen Industriellen wünschen nicht, daß ihnen jemand in ihren Bemühungen zuvorkomme und tun energische Schritte, um sich die Beteiligung an der Ausbeutung der Polen ausgesprochenen Teile Oberschlesiens zu sichern.“ — Diese Meldung beleuchtet sehr gründlich die Ursachen der gütigen Erledigung des Streites um Oberschlesien für Polen.

Rücktritt der Regierung in Ungarn.

Ministerpräsident Bethlen gab dem Reichsverweser die Demission der Regierung bekannt. Der Reichsverweser behielt sich die Entscheidung vor und ersuchte die Regierung, die Geschäfte weiterzuführen.

Die Frauen zur Abrüstungskonferenz.

Auf einer gestern in London abgehaltenen Zusammenkunft von Frauen, die eine große Anzahl von Organisationen mit etwa 4 1/2 Millionen Mitglieder vertreten, wurde beschlossen, an die Liga der amerikanischen Frauen eine Botschaft zu richten, in der erklärt wird, es dürfe keinen Krieg wie den letzten mehr geben. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die amerikanischen Frauen gemeinsam mit den englischen zur Schaffung einer öffentlichen Meinung beitragen, die einen dauernden Frieden in allen zivilisierten Ländern sichert.

Wahlerfolg in Lübeck.

Bei der Bürgerschaftswahl in Lübeck wurden abgegeben 81 068 sozialdemokratische und 4317 kommunistische Stimmen gegen 28 985 bürgerliche. Die Arbeiterschaft gewinnt zwei Mandate. Die wahrscheinliche Verteilung der Mandate ergibt für die Sozialdemokraten 39, die Kommunisten 5, die Bürgerlichen insgesamt 88. Gegenüber der Reichstagswahl von 1920 zeigt die Stimmengahl der nichtsozialistischen Gruppen eine Abnahme um rund 4000. Die Unabhängigen, die bei der Reichstagswahl noch 5000 Stimmen gegen 670 kommunistische aufbrachten, sind jetzt ganz verschwunden. Ihre Wähler sind kommunistisch geworden. Aber nicht weniger als 1542 von ihnen sind der Wahlurne ferngeblieben. Die sozialdemokratische Stimmengahl hat gegenüber der letzten Bürgerschaftswahl neuen Zuwachs erfahren.

Werbungsdruckschriften. Die Verhandlungen Deutschlands und Polens zum Abschluß der Konvention über die Regelung der Wirtschaftsverhältnisse in Oberschlesien werden noch vor Ende dieses Monats in Genf beginnen, sobald der neutrale Vorsitzende der Verhandlungskommission ernannt sein wird.

Der Rat des Völkerbundes hält am 18. November eine kurze Sitzung ab, um auf Antrag der englischen Regierung über Maßnahmen zum Schutze Albaniens gegen Serbiens Beschluß zu fassen. Die nächste ordentliche Tagung des Rates wird wahrscheinlich gegen Mitte Dezember in Genf beginnen; sie wird in der Hauptsache dem polnisch-litauischen Streit um Wilna gewidmet sein, doch werden auch die Angelegenheiten des Saargebietes und der Freien Stadt Danzig behandelt werden.

Neues Geld in Sowjetrußland. Die Sowjetregierung hat Banknoten zu 1, 5, 10, 15, 20, 25 und 50 Millionen Rubel ausgegeben. Aus diesen Banknoten soll das Grundkapital der Sowjet-Staatsbank gebildet werden, das sich auf 2000 Milliarden Rubel beziffern soll. Die Sowjetregierung hat auch mit dem Verkauf der zaristischen Silberrubel begonnen.

Die Konferenz von Washington.

II.

Die Vereinigten Staaten führen hauptsächlich zwei Umstände nach Washington. Die diplomatischen Vertreter Amerikas schieben vorzeitig aus den Friedensverhandlungen in Paris aus. Die Entscheidungen, die dort gefällt wurden, entsprachen nicht immer seinen Interessen. Es erhob Protest gegen die Zuteilung der Insel Yap und der Gebiete von Schantung und Mandschuan an Japan; es erhob Protest gegen die einseitige Zuteilung der Delvorkommen in Mesopotamien an England. Der amerikanische Silberhandels sieht sich also vor allem gegen die Verteilung der früher deutschen Kolonien. Insofern wird sich die Konferenz von Washington mit einer Revision des Versailleser Vertrages zu beschäftigen haben. Dazu kommt, daß die Vereinigten Staaten eine Beteiligung an der Ausbeutung der Petroleumquellen in Holländisch-Indien wünschen, die trotz energischer Interventionen des Weißen Hauses am Haag bis auf weiteres in den Händen der englisch-niederländischen Shellgesellschaft (Royal Dutch) sind, während die amerikanischen Interessenten ausgeschlossen bleiben.

Um die Bedeutung dieser Frage für die Vereinigten Staaten würdigen zu können, ist es notwendig, einen kurzen Rückblick auf die Handelspolitik der Vereinigten Staaten zu werfen. Die Vereinigten Staaten haben seit jeher im Stillen Ozean ihr Handelszentrum. Nach dem Kriege mit Spanien besetzten sie im Jahre 1898 die Philippinen und die Insel Guam im Stillen Ozean. Von dort breiteten sie ihre wirtschaftliche Interessensphäre nach China aus. Amerikanische Ratgeber beeinflußten die chinesische Regierung, die wichtigsten Eisenbahnkonzessionen und die Finanzierung des chinesischen Staates in ihrer Hand. Jede Ausbreitung Japans bedroht die amerikanischen Interessen im Osten. Die Zuteilung der Insel Yap an dem deutschen Kolonialbesitz im Stillen Ozean an Japan würde Amerika um so schwerlicher empfinden, als diese Station durch Kabel mit Guam und Philippinen verbunden ist und als Knotenpunkt bedrohlich wirken kann. Die Regierung Roosevelts und Schantung gibt Japan die Präzedenz, von denen aus es die Umklammerung Chinas vornehmen kann. Hier fordert Amerika Revision der Vertragsbestimmungen, und es ist wohl kein Zufall, daß sich China gerade jetzt mit aller Energie gegen die japanische Invasion auf Weisheit. Die Vereinigten Staaten werden in der chinesischen Frage die Unterstützung Englands und Frankreichs finden. England, weil ein Teil seiner amerikanischen Expansion eine Bedrohung seiner eigenen Expansions befürchtet; Frankreich, weil Frankreich in China verhältnismäßig geringe Interessen hat, und weil es sich durch seine Unterstützung auf diesem Kampffeld die Militärherrschaft über Europa verbrieft lassen möchte.

Nicht minder dringend ist für die Vereinigten Staaten eine Reueklärung der Ausbeute der Erdölvorkommen. Vor dem Kriege schien Amerika der Weltbeherrscher auf dem Petroleummarkt zu sein. Zuverlässige Statistiken errechneten, daß zwei Drittel des gesamten Erdöls in amerikanischen Händen waren. Die neuen Statistiken lassen kein flares Bild darüber zu, wie stark sich das Verhältnis verändert hat, ist fest aber, daß die Vereinigten Staaten kaum noch mehr die Weltbeherrscher sind und daß die Lebensdauer der nordamerikanischen Petroleumquellen fast begrenzt ist, während in anderen Gebieten, hauptsächlich in Niederländisch-Indien, während neue Quellen gefunden werden, die viel ergiebiger zu sein scheinen. Da man inzwischen in der Liegenschafts- und Industrie vielfach zur Erdölfeuerung übergegangen ist und sich diese Beförderung als sehr rationell und praktisch erwiesen hat, bemühen sich die Vereinigten Staaten und England um die Beute, die die besten Quellen zu sichern. So bietet heute die bereits erwähnte englisch-niederländische Shellgruppe der früher allein herrschenden Grand Oil Company eine starke Konkurrenz. Der Hauptkampf geht um Mittelamerika, China, Rußland und Holländisch-Indien.

Während sich beim ersten Fragenkomplex die Front der Vereinigten Staaten gegen Japan wandte, wendet sie sich in diesem Punkte gegen England. Wie hier die Präzedenzsetzung auf der Konferenz sein wird, läßt sich nicht übersehen; es ist jedenfalls ein außerordentlich kluger Schachzug der französischen Regierung, daß sie trotz vor der Abreise ihres Regierungschaupts nach Washington bei schwerwiegenden Kontrakt mit der kemalistischen Regierung einging, der in London so bitterböses Blut erregte und der Frankreich auch in der Frage der mesopotamischen Delvorkommen zu einem Faktor von entscheidender Bedeutung macht.

Überblickt man das Ganze, so ergibt sich, daß Amerikas Stärke in seiner ungebrochenen wirtschaftlichen Entwicklungskraft liegt, die sich durch den Krieg wichtige Vorrückungsschritte zu erobern mußte, und die den maritimen Mächten gegen die Weltbeherrschaft sichernden Grundlagen verleiht. Englands Stärke beruht auf seinem mächtigen, aber die ganze Welt vererbten Landbesitz und auf seinen alten Beziehungen, die beruht auf seiner geschichtlichen Außenpolitik, die sich unter dem Deckmantel der offenen Tür überall Sonderstellungen sicherte. Japan endlich, das in den letzten Jahrzehnten eine erstaunliche Aufwärtsbewegung zu verzeichnen hatte,

Kann seine zentrale Lage unmittelbar im Kollisionszentrum ins Spiel führen. Es liegt kein Zweifel vor, dass es zu weit sein, dass die Vereinigten Staaten mit dem christlichen Willen nach Washington gehen. Friedenspolitik im guten Sinne des Wortes zu treiben, wenn das Prinzip der offenen Tür, wie sie es nicht nur durchbringt. Sie sind in der allseitigen Lage einer jungen Weltmacht, fast genug zu sein, um Dreihandeln und offene Märkte als vorläufig zu empfinden. Schwere ist es für England, auf seine bisherige Weltmacht zu verzichten und an die Stelle des britischen das Banner der neuen, christlichen Weltmacht zu setzen. Den bittersten Schlag wird Japan zu leiden haben. Dies ist eine junge Großmacht, deren Verdorfung und industrielle Entwicklung über die eigenen Grenzen hinausdringt und der der bisher landwirtschaftliche Weg zu ungebremster Entwicklung verweigert werden soll. Erschwerend kommt hinzu, dass man gerade in den Vereinigten Staaten und in einzelnen Provinzen Großbritanniens Japan die offene Tür mit Nebenregeln versperrt, die man von ihm in China und am Mittelmeer fordert. Die Schwierigkeiten eines Interkontinentalen der drei Hauptbeteiligten Großmächte sind außerordentlich, und vielleicht ist es schon viel, wenn man von der Konferenz in Washington die Klärung der Frage erwartet: Amerikanisch-japanische Interessengemeinschaft, Erneuerung des englisch-japanischen Kampfbündnisses.

APD. und sozialistische Regierungen.

In Schweden und Thüringen sind die Kommunisten sozialistische Regierungspartei geworden. Sie dürfen dort keine Dummheiten machen, die unmittelbar zum Sturz der sozialistischen Regierungen und zum Sieg der Bürgerlichen führen müßten, denn in dem Augenblick, in dem sie dies täten, würden ihnen auch die letzten Arbeiter davonlaufen. Über wofür kommt bei einem solchen Opportunismus die Revolution? Sie verwandelt sich eben zu einer Revolution, die dem Zentralismus der APD. von der Zentrale vorgelegt wird. Diese Revolution aber hat es in sich, sie besteht aus vielen Abschnitten und umfasst in der „Staten Rahne“ fast eine ganze Seite. Den geistigen Schwerpunkt der hier betrachteten talmudistischen Partei bildet folgender Passus:

Die historische Rolle sozialistischer Regierungen kann heute wie im November 1918 nur die eines Schutzwallers der Bourgeoisie gegen die proletarischen Massen sein. Eines letzten Schutzwallers, denn der nächste Schritt über die sozialistische Regierung hinaus ist die proletarische Diktatur. Dieser Schritt kann natürlich nicht im Rahmen von Landesregierungen gemacht werden, sondern nur für das ganze Reich. Die Aufgabe der kommunistischen Partei gegenüber sozialistischen Landesregierungen ist es, durch parlamentarische und außerparlamentarische Propaganda und Aktionen die Volksmassen, d. h. die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, von den regierenden sozialistischen Parteien loszulösen und für die proletarische Revolution zu gewinnen, die ideologischen und organisatorischen Vorbereitungen für den nächsten Schritt vorzubereiten. Dieser nächste Schritt vorwärts, der Sturz einer „sozialistischen Regierung“ zugunsten der Reichsdiktatur, kann selbstverständlich nicht ein parlamentarischer Akt, sondern muß das Ergebnis des Volksaufstandes sein, der das ganze Reich ergreift.“

Also sozialistische Regierungen sind Schutzwalle der Bourgeoisie und müssen durch Volksaufstände gestürzt werden. Solange es aber nicht so weit ist, darf man sie parlamentarisch unterstützen. So einen theoretischen Unsinns müssen die Kommunisten produzieren, um praktisch vernünftig sein zu dürfen.

Die Internationale Arbeitskonferenz

nahm in ihrer gestrigen Nachmittagsitzung zwei Konventionen an, von denen die eine sich auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, die andere auf die Verbesserung gegen Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft bezieht. Ferner wurden drei Empfehlungen angenommen. Die erste betrifft die technische Ausbildung, die zweite die soziale Versicherung und die dritte steht Mittel vor zur Minderung der Arbeitslosigkeit. Schließlich wurde noch eine Empfehlung angenommen zugunsten des Schutzes der Frauen vor und nach der Niederkunft und eine weitere Empfehlung betreffend die Nachtarbeit der Kinder und Jugendlichen in der Landwirtschaft. Die Arbeitskommission nahm mit 13 gegen 11 Stimmen einen Konventionsentwurf an, der Schutzmaßnahmen für die Arbeiter vorsieht, die mit Heilweil arbeiten müssen.

Am Schluß der achtägigen Sitzung der internationalen Arbeitskonferenz sprach Dr. Hansen über die Diskussion für Russland und verlangte Mittel, um die Hungersnot noch vor dem Winter lindern zu können. Er wies auf die Notwendigkeit hin, vor allen Dingen Getreide zum Ausfuhr für die Bauern zu beschaffen, um eine größere Hungersnot für den nächsten Winter zu verhindern zu können. Die bolschewistische Regierung trage nicht allein die Schuld an der gegenwärtigen Hungersnot. Die Trockenheit sei einer der Hauptgründe, was nun angesprochen werden müsse, daß die bolschewistische Regierungsform der Landwirtschaft tödlich sei. Er werde jetzt mit der bolschewistischen Regierung über Maßnahmen verhandeln und dann den Regierungen Vorschläge machen, damit sie größere Mittel zur Verfügung stellen. Diese Mittel würden durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften mit Hilfe der nächsten Getreideernte garantiert werden.

Internationale Demokratie und nationale Reaktion.

In der Sitzung der internationalen Arbeitskonferenz vom 6. November kam es zu einer lebhaften Diskussion über den Rechenschaftsbericht des Direktors des internationalen Arbeitsamts Albert Thomas. Aus diesem Bericht geht hervor, welchen Schwierigkeiten die Ratifikation der im Jahre 1910 auf der Washingtoner Konferenz beschlossenen Konventionen zum gegenseitigen Schutz der Arbeiter jetzt in vielen Staaten begegnet, deren Vertreter damals diese Konventionen

unterzeichnet hatten. Der Vertreter der französischen Arbeiterverbände Jouhaux knüpfte an diese Feststellung an, um der großen Enttäuschung der Arbeiter darüber Ausdruck zu verleihen, daß gerade die Regierungen der Entente, mit Ausnahme Italiens, ihre im Versailler Frieden niedergelegten Versprechungen nicht gehalten haben und die gegenwärtige Konferenz durch ihre Opposition gegen verbindliche Beschlüsse zur Schmach verurteilen. Jouhaux erinnerte dabei selbstgemäß an die Pariser Friedensverhandlungen, in denen der Wortlaut des Abschnitts 19 über die Festsetzung der internationalen Arbeitsorganisation festgelegt wurde. Die Friedenskonferenz hatte einen Ausschuss von Sachverständigen berufen zur Vorberatung dieser Verfassung; als es sich darum handelte, die Vertretung der Regierungen, der Unternehmer und der Arbeiter auf der Konferenz zu regeln, hatte Jouhaux starke Bedenken, gegen die Bestimmungen, wonach jede Regierung Anspruch auf zwei Stimmen erhalten sollte und wonach die Beschlüsse über die Annahme von Konventionsentwürfen mit Zweidrittelmehrheit zu fassen wären. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz vertrat jedoch den Standpunkt, daß die beiden Bestimmungen gerade im Interesse der Arbeiter liegen, denn die meisten Regierungen seien für die Ausbildung des gesetzlichen Arbeitsschutzes und die Zweidrittelmehrheit werde den angenommenen Konventionen ein so hohes moralisches Gewicht verleihen, daß kein Staat es wagen werde, sie nicht zu ratifizieren. Diese Versprechungen haben sich, wie Jouhaux hinzufügte, nicht erfüllt; auf der gegenwärtigen Genfer Konferenz habe die Zweidrittelmehrheit geradezu als Quittoline gegen die Arbeiterforderungen gewirkt; nachdem schon die Einführung des Achtstundentages in der Landwirtschaft an ihr scheiterte, konnten auch die übrigen Vorschläge auf Schutz der Landarbeiter nur in der Form von Empfehlungen angenommen werden, weil die Zweidrittelmehrheit für ihre Festlegung in einem förmlichen Konventionsentwurf nicht zustande kam. Mit Recht machte Jouhaux besonders die französische und englische Regierung auf die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterwelt aufmerksam und auf die Gefahr eines frühzeitigen Verschwindens der noch jungen internationalen Arbeitsorganisation; die Regierungen sollten ihre Augen nicht schließen vor dieser Gefahr, die der internationalen Demokratie durch die nationale Reaktion drohe.

Um die Auslieferung der Eisenbahnen.

Als vor einiger Zeit bekannt wurde, daß man sich mit dem Gedanken trage, die Reichseisenbahnen zu enteignen und sie zur besseren produktiven Ausnutzung wieder in Privatbesitz zurückzuführen, kam nach ganz kurzer Zeit das übliche offizielle Dementi. Die Reichsdementis in der Regel mit größtem Mißtrauen betrachtet werden müssen, so verhält es sich auch mit diesem. Tatsächlich haben die Beratungen über die Möglichkeit der Enteignung der Eisenbahnbetriebe bis jetzt nicht aufgehört. Unter den Plänen, die Staatsbahnlinien wieder in Privatbetriebe zu verwandeln, stehen außerordentlich mächtige Kräfte. Das hat sich am Donnerstag wieder gezeigt, als eine Delegation des Reichsverbandes der deutschen Industrie sich zu einer Aussprache beim Reichskanzler über die vielörterte Frage der Kreditaktion eingelassen hatte. Aus der Aussprache, die der Vorsitzende des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie an den Reichskanzler gerichtet hat, geht klar hervor, daß die Vertreter der Industrie an dem Gedanken der Rückführung der Reichseisenbahn in Privatbetrieb festhalten. Wir können außerdem mitteilen, daß auch ein Unterausschuss des Verkehrsausschusses des Reichswirtschaftsrats sich bereits mit dieser Frage befaßt und gemeinsam mit Regierungsvertretern die technische Seite der Angelegenheit beraten hat. Dieser Ausschuss ist nunmehr durch sechs Mitglieder des finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats verstärkt worden. In dem nunmehr zwölfköpfigen Ausschuss sind auch Vertrauensleute der Arbeiterschaft vertreten. Sie werden dafür zu sorgen wissen, daß die Pläne der Industriekönige nicht Wirklichkeit werden.

Kommunistische Arbeiterschädigung.

Im Reichstag hat der kommunistische Abgeordnete Malzahn Ausführungen über die Waffenherstellung in den Deutschen Werken gemacht, die nicht der Wahrheit entsprechen. Der Zentralbetriebsrat der Deutschen Werke A.-G. in Spandau richtete an den Reichstag folgendes Telegramm:

„Mit Bestremden haben der Zentralbetriebsrat und die Vorsitzenden der Betriebsräte der Deutschen Werke von den Ausführungen des Abg. Malzahn Kenntnis genommen. Der Zentralbetriebsrat und die Vorsitzenden der Betriebsräte stellen einstimmig (mit Einschluß der Kommunisten) fest, daß die Ausführungen des Abg. Malzahn über die Umstellung der Deutschen Werke in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. In den Werken werden weder Kriegswaffen noch Kriegsmunition angefertigt. Der Zentralbetriebsrat und die Vorsitzenden der Betriebsräte protestieren entschieden gegen die entstehende und arbeiterschädigende Darstellung.“

Malzahn war offizieller Redner der kommunistischen Fraktion im Reichstage. Wenn auf seine unwahren Behauptungen stehend die Entente bei ihren Forderungsforderungen beharrt, dürfen sich die brotlos gewordenen Arbeiter bei der APD. bedanken.

Abstimmungschwandel im Burgenland.

Wie aus Oedenburg gemeldet wird, nimmt die Intensität der von Ungarn zur Abstimmung betriebenen Propaganda immer mehr zu. Der Druck gefälschter Deklamationen ist vielfach festgestellt worden. Wiener Zeitungen werden ihren Abonnenten in Pestungarn nur noch in zerschuittem Zustand, nach Entfernung aller Stellen, die auf Ungarn und das Burgenland Bezug haben, angestellt.

Heute ist die erste Nummer des „Freien Burgenländers“ erschienen. Sie bringt eine Unterredung mit Bundeskanzler Schober, der unter anderem erklärt: Ganz Österreich ist für die Bestimmungen und nicht unbedingten Hoffnung, daß das Burgenland in sehr kurzer Zeit und eingegliedert werden wird. Wir werden alles tun, damit die Burgenländer die schmerzlichen Tage qualvoller Ungewißheit möglichst bald vergessen. Der freie Bundesstaat Österreich steht im Burgenlande nicht eine neue Provinz, sondern ein allen anderen Ländern gleichberechtigtes selbständiges Bundesland, das als gleiches unter gleichen seine Angelegenheiten wahrnehmen wird.

Stimmenblätter auch in Ungarn?

Wie die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ aus Budapest meldet, soll Stinnes die Mehrheit der Aktien der Aktien-Druck- und Verlags-A.-G. erworben und damit die Zeitungen „Arbeiter“, „Magyar-Ország“ und „Pesti Napló“ in seinen Besitz gebracht haben. Diese Blätter haben bisher die habsburgische Tendenz vertreten.

Dreijähriges Moratorium für Deutschland.

Der Berliner Vertreter des „Daily Express“ erfährt aus sicherer Quelle, daß die englischen Vertreter in der Reparationskommission ein dreijähriges Moratorium beschließen. Sir John Bradburn und Lord Abernethy scheinen überzeugt zu sein, daß dies die einzige praktische Lösung dieser Frage wäre. Der Korrespondent fügt hinzu, daß auch der italienische Vertreter Maggi mit der englischen Anschauung übereinstimme. Japan verhält sich neutral. Während auch die Belgier für ein Moratorium stimmen, wünschen dagegen die französischen Vertreter, daß die Alliierten den Bankrott Deutschlands verkünden und eine internationalisierte Liquidationskommission ernennen mögen.

Die Lage im ukrainischen Aufstandsgebiet.

Auf Grund der umfassenden Gegenmaßnahmen der Sowjetregierung schreitet in Podolien die Unterdrückung der Aufstandsbewegung fort; inzwischen greift sie jedoch auf das Kiewer und Chersoner Gebiet über. Im gesamten Aufstandsgebiet rechts des Dnjepr haben die Aufständischen, die ansfangs in größeren Gruppen vorgingen, ihre alle Taktik befolgend, sich vielfach in kleine Abteilungen aufgelöst und sich über das ganze Gebiet zerstreut. Kamenez-Podolsk, das während der letzten Kämpfe dreimal im Besitz der ukrainischen Regierung gewesen und zum Sitz der ukrainischen Nationalregierung proklamiert worden war, befindet sich wieder in der Gewalt der roten Truppen. Die Sowjetbehörden haben ihre Tätigkeit in der Stadt aufgenommen, amtierten jedoch vorläufig noch in Eisenbahnwagen. Die direkte Eisenbahnverbindung mit der Stadt Winniza ist wiederhergestellt, wo sich das Stabsquartier des in Podolien operierenden Roten Kavalleriekorps befindet. In den von der Sowjetarmee wiederbesetzten Ortschaften werden drakonische Vergeltungsmaßnahmen durchgeführt. Alle größeren Städte in der westlichen Ukraine haben verstärkte rote Garnisonen erhalten; auch hat die Sowjetregierung die Mobilisation der Jahrgänge 1901 und 1902 angeordnet. Die eingetretene Wegelosigkeit erschwert die militärischen Operationen.

Die Begnadigung der Gebrüder Fleischer.

Aus Anlaß der Begnadigung der zum Tode verurteilten zwei Brüder Fleischer zu lebenslänglichem Zuchthaus sind in einigen Blättern Behauptungen aufgestellt worden, die den Tatsachen nicht entsprechen. Hierzu wird den P. P. N. geschrieben:

Für die Begnadigung der vom außerordentlichen Kriegsgericht am 2. Juli 1919 und vom Schwurgericht vom 1. Dezember 1919 bzw. 8. Juli 1921 zum Tode verurteilten Gebrüder Fleischer war nicht der Reichspräsident, sondern das preussische Staatsministerium zuständig, namens dessen der preussische Justizminister die Begnadigung vollzogen hat. Dieser ist dabei nach den Grundsätzen verfahren, die seit der Revolution bei der Prüfung der Todesurteile beachtet worden sind. Die Annahme, daß nicht lediglich sachliche Gründe für die Begnadigung bestimmend gewesen sind, trifft in keiner Weise zu. Insbesondere ist eine Beeinflussung des Justizministers von dritter Seite nicht versucht worden. Wichtig ist nur, daß er bei von Königsberg herbeigeleiteten Mitter der Verurteilten eine Unterredung gewährt hat. Eine solche abzulehnen, hätte der allgemeinen Gepflogenheit nicht entsprochen.

Neutralisierung Petersburgs. In Revaler Kreisen verläutet, daß England mit der Sowjetregierung über die Neutralisierung des Petersburger Hafens und im Anschluß daran auch Petersburgs selbst verhandelt. Der Neutralisierungsplan sieht die Einführung einer englischen Stadterwaltung vor. Die Verwirklichung des Planes stützt auf den heftigen Widerstand Einowjews, der bekanntlich das Haupt des Petersburger Rates ist. Einowjew droht mit seiner Demission.

Bewerbergerichtswahlen!

Am Sonntag, den 4. Dezember, in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags findet die Wahl der Mitglieder für das Gewerbericht statt.

Der Bezirk des Gewerberichts umfasst das gesamte Gebiet der Freien Stadt Danzig und besteht aus den Unterbezirken:

1. Danzig Stadt mit allen Gemeinden und Ortschaften westlich der Weichsel und des Durchflusses.
 2. Liegenhof mit den übrigen Gemeinden und Ortschaften des Freistaatsgebietes.
- Jeder Unterbezirk bildet für sich einen besonderen Wahlbezirk. Im Wahlbezirk Danzig wird in 28 Wahlstellen gewählt.

Jeder Wähler wählt in der Wahlstelle seines Wohnbezirks.

Su wählen sind 28 Wähler aus den Kreisen der Arbeitnehmer im Unterbezirk Danzig Stadt und 10 Wähler im Unterbezirk Liegenhof. Die Wahl ist geheim und erfolgt nach den Grundzügen der Verhältniswahl.

Wahlberechtigt

sind alle männlichen und weiblichen Arbeiter (Knechte, Gesellen, Fabrikarbeiter, Betriebsbeamte, Werkmeister, Ingenieure usw.) welche das 20. Lebensjahr vollendet haben und in dem Bezirk des Gerichts in einem gewerblichen, der Gewerbeordnung unterliegenden Betriebe beschäftigt sind oder wohnen.

Nur die Personen können wählen, welche die Staatsangehörigkeit der Freien Stadt Danzig besitzen, d. h. die am 10. Januar 1920 hier ansässig waren oder wohnen.

Wählen können ferner nur die Personen, die von der Wahlgeschäftsstelle Weichselufer eine Wahlkarte durch die Post ausgehändigt erhalten.

Diese Wahlkarten, die am Tage der Wahl als Legitimation dienen, werden für alle Gewerkschaftsmitglieder von den Gewerkschaften ausgefüllt und dann der Wahlbehörde übergeben. Diese prüft die Karten auf die Richtigkeit der Angaben und sendet sie dann in der Zeit vom 20. November bis 2. Dezember durch die Post an den Wähler.

Die Gewerkschaften haben diese Arbeit übernommen, um ihren Mitgliedern den Gang zur Geschäftsstelle des Gewerberichts nicht, zu ersparen. Sie haben dadurch auch gleichzeitig die Wahlbehörde entlastet. Es wird erwartet, dass die Gewerkschaftsmitglieder diese Arbeit dadurch belohnen, dass sie am Tage der Wahl reiflich ihr Wahlrecht ausüben.

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig (freie Gewerkschaften) hat 28 Kandidaten für die Wahl aufgestellt, die für den Wahlbezirk Danzig-Stadt kandidieren. Seine Vorschlagsliste hat die Ordnungsnummer:

D. U. N. 1

erhalten und diese Liste muß am 4. Dezember den Sieg davontragen.

Auf dieser Liste stehen Hand- und Kopfabbeiter aller gewerblichen Betriebe. Steht der Ingenieur neben dem Arbeiter, auch die Frau ist zum ersten Male als Wählerin auf der Liste vertreten. Die aufgestellten Personen bieten der Ar-

beiterchaft die Gewähr dafür, daß die Rechtsprechung und Rechtspflege beim Gewerbericht eine soziale und den neuen Zeitverhältnissen entsprechende sein wird.

Darum Kollegen aller Berufs trete in die Agitation ein und sorgt dafür, daß jedes Gewerkschaftsmitglied sein Wahlrecht ausübt und daß

die Liste der freien Gewerkschaften mit überwältigender Mehrheit gewählt wird!

Allgem. Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig.
(freie Gewerkschaften.)

J. A.: P. Riosowski.

Liste D. U. N. 1 für den Wahlbezirk Danzig-Stadt

1. Albert Jantsch, Zimmerer
2. Karl Jakob, Ingenieur
3. Eugen Koch, Maurer
4. Franz Krest, Fabrikarbeiter
5. Arno Dandel, Elektromonteur
6. Leo Walsendowski, Tischler
7. Paul Meding, Schneider
8. Friedrich Rosenkrantz, Arbeiter
9. Max Schläger, Maler
10. Willy Garbe, Müller
11. Kurt Kistler, Bäcker
12. Ludwig Papenboth, Schriftsetzer
13. Willy Kamowski, Kellner
14. Paul Gendzierski, Schneider
15. Gustav Nodel, Maschinenist
16. Otto Schnabel, Musiker
17. Artur Flach, Buchbinder
18. Heinrich Gager, Schriftsetzmeister
19. Frau Käthe Domier, Arbeiterin
20. Max Meißner, Tapezierer
21. Albert Steinhauer, Ofenseher
22. Wilhelm Wiluhki, Böfcher
23. Otto Bartelskowski, Kalarbeiter
24. Franz Schneider, Schmied
25. Eduard Fischer, Maurer
26. Felix Masche, Bernsteinbreher
27. Eduard Schulz, Tischler
28. Artur Rohland, Arbeiter
29. Wilhelm Weber, Maurerpoller.
30. Richard Augustinowski, Holzplatarbeiter
31. Bernhard Schmode, Maurer
32. Leo Niekowski, Friseur
33. Paul Erdmann, Tischler
34. Ernst Kille, Weiriedmeister
35. Franz Wrang, Zimmerer
36. Max Winter, Maler
37. Georg Schulz, Kupferschmied
38. George Gortat, Förmer

Danziger Nachrichten.

Die Eröffnungsvorstellung der Freien Volksbühne.

Die Freie Volksbühne gibt, wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, am 17. d. Mts. die Eröffnungsvorstellung in den umgebauten Räumen der Danziger Volkshaus (Werkspreihaus). Die große Zahl der Mitglieder aus allen Kreisen der Bevölkerung kann nicht zugleich an der Vorstellung teilnehmen. Um eine regelrechte Befragung zu ermöglichen und jedem Mitglied einen guten Sitzplatz zu garantieren, ist die Mitgliedschaft eingeteilt in Gruppen mit der Benennung A, B, C usw. Jede Gruppe umfasst 750 Mitglieder. Gruppenbezeichnung ist auf der Mitgliedskarte ersichtlich. Zur vorstehenden Aufführung haben nur die Mitglieder der Gruppe A Zutritt. Am 2. Dezember findet die Aufführung für die Gruppe B statt. Mitglieder der Gruppe B können zu der ersten Vorstellung nicht zugelassen werden, da sonst Überfüllung eintreten würde. Der Einlass zu der Vorstellung erfolgt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte der Gruppe A. Nichtmitglieder können nicht zugelassen werden. Die Auslosung der Platznummern zu 2, 3 und 4 nebeneinanderliegenden Plätzen erfolgt am Sonntagvormittag bei Vorlegung der Mitgliedskarte. Der Eintritt in den Verein steht jedem Danziger Bürger frei und kann in allen bekannten Abstellen vollzogen werden, welche auch bereitwillig jede Auskunft erteilen.

Aus dem Briefmarkenschiff. Ein Kaufmann in Langfuhr ließ sich im Tausch aus Berlin Briefmarken von Turn und Lark mit Stempel schicken. Er verkaufte sie weiter und nun stellte sich heraus, daß diese Briefmarken aus dem vorigen Jahrhundert einen nachgemachten Stempel aus unserer Zeit trugen. Der Verkäufer war nicht stark vermindert worden. Der Kaufmann hatte sich nun vor dem Schöffengericht wegen Betruges zu verantworten. Er machte aber geltend, daß er die Stempelschönung nicht gekannt hat und er habe seinem Käufer geschwiegen, er solle ihm die Marken zur Prüfung einsehen, was aber nicht erfolgte. Der Käufer hat diesen Brief nicht erhalten. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, da dem Angeklagten geglaubt werden müsse, daß er den Brief abgesehen hat.

Ein Hausdieb. Das Dienstmädchen G. in Danzig war bei einem Ankleidergeschäft in Stellung und raubte hier aus dem Haushalt Wäsche und Kleidungsstücke im Werte von 8500 Mk. Das Schöffengericht verurteilte das Mädchen zu 1 Monat Gefängnis wegen Diebstahls.

Ein schlechtes Geschäft. Der Landwirt Johann Brunte und der Schlosser Jakob Schmidte aus Klelau kamen nach Danzig, um hier Einkäufe zu machen. Sie kauften Stoff zum Anzug und wollten nun durch die Bahnpolizei hindurch, ohne den Zoll gezahlt zu haben. Sie wurden angehalten und verhaftet. Der Stoff im Werte von 470 Mk. wurde beschlagnahmt. Das Schöffengericht verurteilte jeden der Angeklagten zu 840 Mk. sowie Einziehung des Stoffes.

Ein Kind in die Janzengrube gefallen. Ein Hausbesitzer in Dliga unterließ auf dem Hofe eine offene Janzengrube, in die ein Kind der Hausbewohner hineinfell und fast ertrunken wäre. Der Hausbesitzer wurde vom Schöffengericht wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Das Fährlein der sieben Auren.

Erzählung von Gottfried Keller.

(Fortsetzung.)

10) Wenn ihm gar nichts anderes mehr einfiel, so ließ er eines seiner alten Gebäude auswendig neu anmalen und erhöhte abermals die Miete. Dergestalt erfreute er sich einer hübschen jährlichen Einnahme, ohne eine Stunde wirklicher Arbeit. Seine Gänge und Verabredungen waren bald besorgt, und ebenso lang, als vor seinen Nachbarn, stellte er sich vor den Bauwerken anderer Leute auf, spielte den Sachverständigen, redete in alles hinein und war im übrigen der dümmste Kerl von der Welt. Daher galt er für einen klugen und wohlhabenden jungen Mann, der es schon früh zu etwas brachte, und er ließ sich nichts abgehen. Er hielt sich nun zu gut für einen Insanitätskandidaten und hatte Offizier werden wollen. Da er aber dafür zu faul und u..wissend, hatte man ihn nicht brauchen können, und nun war er durch hartnäckige Aufdringlichkeit zu den Scharfschützen gekommen.

Hier suchte er sich mit Gewalt im Ansehen zu erhalten, ohne sich anzustrengen, lediglich durch seinen Geldbeutel. Er lud die Unterinstruktoren und die Kameraden fortwährend zum Besuchen ein und gedachte sich durch plumpe Freigebigkeit Nachsicht und Freiheit zu verschaffen. Doch erreichte er nichts, als daß er gehänselt wurde und allerdings einer Art Nachsicht gewußt, indem man es bald aufgab, etwas Mecht aus ihm zu machen, und ihn laufen ließ, solange er die weichen nicht störte. Ein einziger Mecht ließ sich ihm an und machte ihm den Weibchen, pugte ihm Waffen und Zeug und machte zu seinen Gunsten, und das war ein reicher Bauernsohn und junger Weidtrager, welcher stets fürchtbare Freß- und Trinklust empfand, sobald er sie auf fremde Kosten befrachten konnte. Der glaubte sich den Himmel zu verdienen, wenn er seine blanken Taler vollständig wieder nach Hause tragen und doch sagen konnte, er habe lustig gelebt während des Dienstes und gerade wie ein wahrer Scharfschütz; er war dabei lustig und guter Dinge und unterhielt seinen Wöner, der bei weitem nicht befah, was er, mit seiner dünnen Pfeiffelstimme, womit er hinter der Flasche allerlei ländliche Mordlieder gar seltsam zu singen mochte; denn er war ein fröhlicher Gelächter. So lebten die beiden, Rudolph, der junge Schnapphahn, und Spörrl, der junge Bauernsohn, in herrlicher Freundschaft. Jener hatte immerdar Fleisch und Wein vor sich stehen und tat, was er mochte, und dieser verließ ihn so wenig als möglich, sang und pugte ihm die

Stiefel und verschmähte sogar die kleinen Geldgeschenke nicht, die Jener abließ.

Die andern trieben indessen ihren Spott mit ihnen und machten unter sich aus, daß Rudolph in keiner Kompanie sollte geduldet werden. Das galt jedoch für seinen Familien nicht, denn der war wunderlichweise ein guter Schütz, und im Meer ist jeder willkommen, der seine Sache versteht, was er dabei ein Philister oder ein Wildfang sein.

Karl war der erste, wenn man sich über das Paar lustig machte; aber in einer Nacht verging ihm der Spaß, als der weinige Rudolph, nachdem schon alles still war im Zimmer, seinem Anhänger vorpochte, was er für ein Herr sei und wie er in Hölle dazu eine reiche Frau zu nehmen gedächte, die Tochter des Zimmermeisters Freymann, die ihm nach allem, was er gemerkt, nicht entgehen könne.

Jetzt war Karls Ruhe dahin, und am nächsten Tage ging er, sobald er eine Stunde frei hatte, zu seinen Eltern, um zu hören, was es gebe. Da er aber selbst nicht von der Sache beginnen mochte, so vernahm er nichts von Vermitteln, bis erst, als er wieder ging, die Mutter ihm einen Gruß von ihr andriehete.

„Wo habt Ihr sie denn gesehen?“ fragte er möglichst kalt-blickig.

„Et, sie kommt jetzt alle Tage mit der Magd auf den Markt und lernt einkaufen. Ich muß ihr dabei Anleitung geben, wenn wir uns treffen, und wir gehen dann auf dem ganzen Markt herum und haben viel zu lachen; denn sie ist immer lustig.“

„So?“ sagte der Vater, „dorum bleibst du manchmal so lange weg? Und was treibst du da für Kuppelerei? Schick sie das für eine Mutter, so zu handeln und mit Personen herumzulaufen, die dem Sohne verboten sind, und ihre Grüße zu bestellen?“

„Was verbotene Personen? Kenne ich das gute Kind nicht von Klein auf, habe es doch auf dem Arm getragen und soll nicht mit ihm umgehen? Und soll sie die Leute in unserm Hause nicht grüßen dürfen? Und sollte eine Mutter ihre Kinder nicht verkuppeln dürfen? Mich dünkt, sie ist gerade die rechte Weibchen dazu! Aber von dergleichen Dinge sprechen wir gar nicht, wir Frauenkinder sind nicht halb so erpicht auf eue angezogene Männer, und wenn ich der Vermine zu raten habe, so nimmt sie gar keinen!“

Karl hörte das Gespräch nicht mehr zu Ende, sondern ging seiner Wege; denn er hatte einen Gruß, und von einer verdächtigen Neugier war nicht die Rede gewesen. Nur legte er den Finger an die Nase, warum Vermine wohl so lustig

sei, da sie sonst nie viel gelacht habe? Er legte es endlich zu seinen Gunsten aus und nahm an, sie sei nur lustig, weil sie seine Mutter antreffe. So beschloß er, sich still zu halten, dem Mädchen etwas Gutes anzutragen und die Dinge geschehen zu lassen.

Einige Tage später kam Vermine mit dem Strickzeug zu Frau Dohler auf Besuch, und es herrschte da eine große Freundlichkeit, Gespräch und Lachen, so daß Oediarr, der seinen seinen Bratenrod zuschnitt, in seiner Werkstatt fast gehört wurde und sich wunderte, was da für eine Gewatterin angekommen sei. Doch achte er nicht lange darauf, bis er endlich hörte, daß seine Frau über einen Schrank ging und im blauen Kaffeegeschirr klapperte. Die Wächterschmiedin lockte nämlich einen Kasse, so gut sie ihn je gefocht; auch nahm sie eine tüchtige Handvoll Salzblätter, tauchte sie in einen Eiertieg und buk sie in heißer Butter zu sogenannten Mäuschen, da die Stiele der Weiber wie Mäuschschwänze aussehen. Sie gingen prächtig auf, daß es eine gefüllte Schüssel voll gab, deren Duft mit demjenigen des reinen Kaffees zum Weiser emporkam. Als er vollends hörte, wie sie Zucker zer-kloppte, wurde er höchst ungeduldig, bis man ihn zum „Trinken“ rief; aber er wäre keinen Augenblick vorher gegangen, denn er gehörte zu den Feiern und Aufrechten. Als er nun in die Stube trat, sah er seine Frau und die zierliche verbotene Person in ihrer Freundschaft hinter der Kanne sitzen, und zwar hinter der blaugeblümten, und außer den Mäuschen hand noch Butter da und die blaugeblümte Schüssel voll Döns; und es war zwar kein Mienenhonzig, sondern nur Kirschkorn, ungefähr von der Größe von Vermine's Augen; und dazu war es Sonntagabend, ein Tag, wo alle ehbaren Bürgerfrauen segnen und schenken, lehren und höhern und keinen genießbaren Dingen tochen.

Oediarr sah sehr kritisch auf die ganze Musik und grüßte mit etwas strenger Miene; allein Vermine war so holdselig und dabei resolut, daß er wie auf Maul geschlagen dasah und damit endigte, daß er selbst ein „Was Weir“ aus dem Keller holte und sogar aus dem Meinen Fischen. Vermine erwiderte diese Gnade dadurch, daß sie behauptete, es müsse für Karl auch ein Teller voll Mäuse aufbewahrt werden, da er in der Kaserne doch nicht viel Gutes hätte. Sie nahm ihre schönsten Mäuschen an den Schänaken, aus her Schüssel und so viele, daß die Mutter selbst nicht aufst, es sei nun genug. Neue Rekte aber den Teller neben sich, betrachtete ihn wohlgefällig von Zeit zu Zeit, nahm auch etwa wieder ein Stück daraus und ah es, indem sie sagte, sie sei jetzt bei Karl zu Gaste, und ersuchte den Karl gewissenhaft aus der Schüssel. (Fortsetzung folgt.)

Volkswirtschaftliches.

Erhöhung der deutschen Mauttarife. Im ordentlichen Haushalt der Reichsbahnen für 1921 war der Restbeitrag auf 6,8 Milliarden berechnet. Inzwischen hatten sich die Ausgaben infolge der Wechsellagerungen im August und Oktober und infolge der starken Steigerung der Materialpreise um 10,8 Milliarden erhöht. Diesen Mehrausgaben stehen die Mehreinnahmen in Höhe von 2,7 Milliarden aus der Erhöhung der Mauttarife zum 1. November und der zum 1. Dezember bevorstehenden Erhöhung der Personentarife gegenüber. Der voraussichtliche Restbeitrag würde sich damit um 7,8 Milliarden oder von 6,8 auf 14,6 Milliarden erhöhen. Der Reichsverkehrsminister hat demgegenüber eine weitere Tarifserhöhung im Güter- und Personenverkehr um 10 Prozent in Aussicht nehmen müssen. Es ist dabei berücksichtigt, hinsichtlich der Mauttarife eine organische Durchbildung vorzunehmen, wobei eine weitere Staffelung der Tarife zu Gunsten der für den Weg ihrer Bedarfsgüter und den Ablauf ihrer Erzeugung ungenügend gelegenen Gegenden, namentlich Östpreußen, vorgesehen ist. Die Vorschläge für die Umgestaltung der Mauttarife werden dem Reichsausschuss Reichsbahnbau vorzulegen werden. Die Vorarbeiten sind weit fortgeschritten, daß die neu durchgearbeiteten Mauttarife zum 1. Februar 1922 eingeführt werden können. Auch im Personenverkehr wird die Tarifserhöhung vor diesem Zeitpunkt aus technischen Gründen nicht durchgeführt werden können. Die Monate Februar und März des laufenden Haushaltsjahres würden durch diese Tarifserhöhung Mehreinnahmen von zwei Milliarden erwarten lassen, so daß noch ein Restbeitrag von 12,8 Milliarden übrig bliebe. Inwieweit sich die Reichsverkehrsminister genötigt, für den Güterverkehr bereits vom 1. Dezember 1921 ab den Zuschlag von 10 Prozent durch rein rechnertliche Erhöhung der Tarife einzutreten zu lassen.

Bewerkschaftliches.

Der Eisenbahnvorstand zu den Besoldungsfragen.

Auf der Tagung des erweiterten Vorstandes des Deutschen Eisenbahnverbandes gelangte nach langen und mit großer Heftigkeit geführten Verhandlungen durch Mehrheitsbeschluß folgende Entschließung zur Annahme:

Der am 5. und 6. November 1921 in Berlin veranlaßte erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnverbandes hat in gründlicher Beratung zu dem Verhandlungsergebnis Stellung genommen. Er erkennt an, daß die Verhandlungskommission der Gewerkschaften sich die größte Mühe gegeben hat, im Sinne der am 26. Oktober der Reichsregierung übermittelten Forderungen, die berechtigten Wünsche der Besoldungs- und Vorkämpfer zur Durchföhrung zu bringen. Trotz tagelanger harter Auseinandersetzungen mit den Regierungsvertretern gelang es nicht, die Forderungen restlos zur Erfüllung zu bringen.

Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Sache noch nicht genügend geklärt ist, beauftragt der erweiterte Vorstand den engeren Vorstand, die Beratung selbständig zu Ende zu führen; unter allen Umständen aber dafür zu sorgen, daß die Kollegen so bald als möglich in den Genuss neuer erhöhter Bezüge kommen.

Russische Lohnartikl. Der Russische Gewerkschaftsbund hat das neue Tarifsystem angenommen, welches auf dem Grundlag des Existenzminimums aufgebaut ist und 17 Tarifgruppen umfasst. Dem jetzigen amtlichen Organ „Ekononimicheskaja Sbita“ zufolge wird der Monatslohn für die niedrigste Gruppe 450 W.

Der Fortgang des „Reigen“-Prozesses

In dem Prozeß gegen Frau Gertrud Gysoldt, den Direktor Sladef, den Regisseur Kausch und die Darsteller des „Reigen“ wurde die Beweisaufnahme eingeleitet.

Vorher in die Vernehmung der Zeugen eingetreten sind, gibt Rechtsanwalt Wolfgang Peine folgende Erklärung ab: In der „Täglichen Rundschau“ befindet sich in dem Bericht über die neuliche Vernehmung des Frau von Punkt die Angabe, daß der Zeuge erklärt hat, Frau Gysoldt habe keine künstlerischen Tendenzen verfolgt, sondern nur geschäftliche Interessen. Das steht in der Stellung, welche in den Kreisen geltend wird, von denen das Geschicktreiben gegen den „Reigen“ ausgegangen ist. Ich muß hier konstatieren, daß das eine platte Fälschung ist, denn gerade das Gegenteil hat der Zeuge und Sachverständige von mir ausgesagt.

Rechtsgerichtsdirektor Brennhausen: Wir wollen hier nicht auf das eingehen, was in den Zeitungen über diesen Prozeß steht. Ich persönlich habe mich der Lesüre der Zeitungen enthalten, um mich in keiner Weise beeinflussen zu lassen.

H.-A. Wolfgang Peine: Ich bitte aber Erzellen, in Punkt nochmals über diesen Punkt zu vernehmen, um zu zeigen, daß es sich hier um

bewusste Entstellung, Verdrehung und Fälschung handelt.

Zeuge von Punkt, Präsident des deutschen Bühnenvereins, behauptet nochmals, daß er unter allen Umständen annehmen muß, daß Frau Gysoldt in der Sache künstlerische Interessen und erst in zweiter Linie geschäftliche Interessen verfolgt habe. Er halte Frau Gysoldt überhaupt nicht für fähig, unkonventionelle Interessen zu verfolgen.

Als Zeuge bekundet Kuratus Heinrich Wienken: habe großer Respekt an den Schweinereien gewonnen und infolgedessen dazu gewirkt, daß die aus

Mittel, für Gruppe 6 (qualifizierte Arbeiter) 900 000, für Gruppe 17 (Verwaltungs- und technisches Personal) 2 250 000 Rubel betragen. Ein volles Existenzminimum könne erst von der 8. Gruppe an (1 125 000 Rubel) gewährt werden. Auch werde der Staat von den ursprünglich in Aussicht genommenen 8 600 000 Arbeitern der staatlichen Industrie und des Transportwesens nicht mehr als 8 Millionen verlohren können. Das Blatt verlangt die schnelle Durchführung des neuen Tarifs, da die lokalen Gewerkschaftsräte vielfach bereits wesentlich höhere Lohnsätze festgesetzt hätten. Auch müßten die Alfordlöhne beschränkt werden, da sie bisher den Arbeitern die Möglichkeit boten, den Grundlohn um das Fünf- bis Sechsfache zu überschreiten.

Die Gewerkschaftsbewegung in Südafrika. Der Gewerkschaftsbund der vereinigten südafrikanischen Staaten (Transvaal, Natal, Orange, Kapland), von den Behörden seit 1915 anerkannt, hielt seinen ersten Kongress erst im Jahre 1917 ab. Gelegentlich seines letzten Kongresses im Januar 1921 hat er eine Unterorganisation der belgetretenen Gewerkschaften in Industrieverbände statt der bisherigen Berufsverbände beschlossen. Es wurden Industrieabteilungen gebildet, u. a. für die Bergindustrie, für die metallverarbeitende und Textil-Industrie und für den Transport. Ende 1920 betrug die Zahl der Gewerkschaften 90 mit 182 784 Mitgliedern, von denen nur ungefähr die Hälfte sich dem Gewerkschaftsbund angeschlossen hat. Besonders gut sind die Eisenbahner organisiert, weniger die Bergarbeiter, was wahrscheinlich auf die Eingeborenenarbeit zurückzuführen ist.

Konferenz der Königsberger Gewerkschaftsvorkände. Am 18. November tagten die Ortsverwaltungen der freien Gewerkschaften Königsbergs, um Stellung zur Abwehr der Teuerung zu nehmen. Ausschuss vom Verband der Fabrikarbeiter erhaltete Bericht über das Resultat von den Verhandlungen, die eine interalliedrige Kommission mit Vertretern des Christlichen Arbeitgeberverbandes für Handel, Industrie und Gewerbe hatte. Die Arbeitgeber haben sich dabei auf den Standpunkt gestellt, daß der bis zum 1. Januar 1922 laufende Lohnzettel für sie allein maßgebend sei und deshalb jede Forderung auf Lohnerhöhung von den Arbeitnehmern abgelehnt werden müsse.

Nach einer herzlichen Ansprache wurden die nachfolgenden Beschlüsse gefaßt:

1. Alle Gewerkschaften, soweit sie nicht durch Kollektivverträge u.ä. geschützt sind, sollen sofort an ihre Arbeitgeber bezw. an die zuständigen Arbeitgeberorganisationen Forderungen auf Teuerungszulagen in Höhe von 2 Mark pro Stunde, zahlbar am 15. November 1921. Die Vorstandsvorkände sind hier von in Kenntnis zu setzen, ebenso der Bundesvorstand.

2. Am Mittwoch, den 16. November, vormittags 10 Uhr, versammeln sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen zum Protest gegen Hunger und Teuerung und zur Unterstützung der Lohnforderungen auf dem Trummelplatz.

3. Von den einzelnen Verbänden sind alle Vorbereitungen für eine ernste Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeberium zu treffen.

Alle Redner stimmten darin überein, daß die letzte Teuerungswelle, die den Arbeitlichen aller Schichten neue Milliardenanwände in den Schoß wirft, den breiten Schichten der arbeitlichen Klasse aber besonders die Lebensbedrohlichkeit unterstündet, mit allen den Gewerkschaften zur Verfügung stehenden Waffen abgewehrt werden muß.

Soziales.

Wachsende Krankheiten in Preußen. Der vom Preussischen Volkskrankheitsministerium regelmäßig veröffentlichten Statistik zufolge sind in der Woche vom 21.—27. August 1921 unter anderem 608 Diphtheriefälle, davon 18 tödlich gemeldet worden. Derner 3408 Ruhrfälle (229 tödlich) und 650 Unter-

leibstrophusfälle (48 tödlich). In Pungen- und Reikopf-tuberkulose starben 481. In den beiden folgenden Wochen, d. h. vom 28. August bis 3. September, und vom 4.—10. September wurden 733 resp. 722 Diphtheriefälle gemeldet (davon 27 resp. 28 tödlich), 1008 bzw. 2389 Ruhrfälle (288 bzw. 508 tödlich), 608 bzw. 658 Unterleibstrophusfälle (45 bzw. 56 tödlich). An Pungen- und Reikopf-tuberkulose starben 490 bzw. 488 Menschen.

Aus aller Welt.

Mörder-Geld. Daß man in gewissen Kreisen in Deutschland jedes Verbrechen entschuldigt, wenn es einen politisch unbenommenen Mann beilegt oder wenigstens empfindlich trifft, ist längst offenbar geworden. Die Freundschaftsbündnisse bei der Ermordung Erzbergers und bei den Einschlächtungen anderer Republikaner sind noch unvergessen. Aber immerhin hat es sich dabei um Neuherrungen privater Natur gehandelt, selbst wenn die Persönlichkeiten, von denen sie ausgehen, im öffentlichen Leben standen. Demgegenüber bedeutet der neueste Streich die „er Kreise, die angeblich das nationale und alles sonstige Gefühl gepachtet haben, eine fraglos amtliche Kundgebung, auch wenn die amtliche Stelle, von der sie ausgeht, nur der Bürgermeister Johannes Kettl in dem österröckischen Marktstecken Aurologmünster an der bayerischen Grenze ist. Diese Gemeinde hat es nämlich fertig gebracht, Folgeld mit dem Bilde des Grafen Arco, der Kurt Eisner menschlins ermordete, zu „schmücken“. Wenn einmal von den kulturrellen Erscheinungen unserer Zeit die Rede sein wird, wird man das Geld zur Verherrlichung des Mörders nicht übersehen dürfen. Der Zwanzigshellerschein des Marktsteckens Aurologmünster mit dem Bilde des Eisnermörders ist symptomatisch für die Verwilderung der Begriffe, die wir heute zu beklagen haben. Wenn ein gemeiner und feiger Mord Mordrecht auf solche Verherrlichung verleiht, dürfen wir uns nicht wundern, daß recht viele, sonst unsfähige und zu keiner Leistung willige Menschen solchem „Ruhm“ nachstreben.

Die deutsche Valutakatastrophe und der Sturz der Delaktien. Die Aktien der großen amerikanischen und englischen Delaktiengesellschaften haben einen mächtigen Kursrückgang erfahren. Dies hat seinen Grund keineswegs in den veränderten Produktionsverhältnissen; zwar sind die Rohölpreise etwas zurückgegangen, doch blieben die Aussichten der Delaktiengesellschaften für die zukünftige Produktion günstig. Der Preissturz erfolgte infolge der Marktspekulation der ausländischen Börsente, besonders in Holland. Die Katastrophe der deutschen Mark hat die Spekulanten in deutscher Währung, die über keine Varmittel verfügten, gezwungen, ihre Delaktien zur Deckung ihrer Verpflichtungen auf den Markt zu werfen, was einen Sturz der Kurse der Delaktien hervorrief. Nach dem „Oberver“ hat auch die allgemeine Unsicherheit, hervorgerufen durch die deutsche Valutakatastrophe, zum Rückgang der Delaktienwerte beigetragen. Der Fall zeigt die Verflochtenheit der kapitalistischen Geldwirtschaft, aber auch die Tatsache, daß die Spekulation die Aktien von ihrer Substanz — von dem Unternehmen, auf dessen Eigentum sie ein Recht begründen — loszureißen vermag.

Kulturfortschritt in Wrotschen. Die in Wrotschen, Regierungsbauwerk Bramberg, bereits eingerichtete Gasanlage der Stadt ist verkauft worden. Augenblicklich werden alle Straßen durchwühlt, um die großen eisernen Rohren hervorzubuddeln und zu bergen. Wegen des Herumliegens von Steinen usw. ist es zurzeit lebensgefährlich, sich abends auf die Straße zu wagen.

den zugunsten der Kinderhilfe von den Theatern gemachten Zuschlägen zu den Preisen von den „Reigen“-Auführungen nicht angenommen werden sollen, erhalte das Werk für direkt unzulässig in allen seinen Ezenen. Den Begründungen seiner Ansicht wird von der Verteidigung und dem Angeklagten Sladef — letzterer unter Betonung seines streng katholischen Glaubens — energisch widersprochen.

Der Sachverständige Brunner behauptet, daß das „Kleine Schauspielhaus“ die Abgabe des Zuschlages zugunsten der Kinderhilfe zu besonderer Reklame benutzt habe. Auch diese Behauptung wird von dem Angeklagten Sladef direkt als unwahr bezeichnet. Prof. Brunner verteidigt sich gegen diesen Vorwurf, und H.-A. Peine betont, daß die Feststellung dieser vollständig unrichtigen Behauptung dieses Sachverständigen wichtig sei für die Beurteilung der

Glaubwürdigkeit des Professors Brunner.

Angeklagter Sladef betont nochmals dem Kuratus Wienken gegenüber, daß alle Theater auf Grund der Anregung des Präsidenten Ebert sich dazu verstanden haben, eine Woche lang Zuschläge zu den Theaterpreisen zugunsten der Kinderhilfe an den Reichsausschuh abzuführen. Dies wurde ebenso wie von den übrigen Direktionen auch von dem Kleinen Schauspielhaus ausgeführt. Das was den „Reigen“-Vorstellungen abgetesterte Geld sei bis heute nicht zurückgegeben worden; es müsse also doch seinem Zwecke zugeführt worden sein. — Kuratus Wienken erwidert, daß der Reichsausschuh seinerzeit beschloffen habe, die aus den „Reigen“-Vorstellungen fließenden Gelder nicht in den Fonds für die Kinderhilfe fließen zu lassen; die Beträge sind dem Polizeipräsidium zu Zwecken der inneren Mission überwiesen worden.

Zeugin Frau Wendland bekundet, daß sie als Frau aus dem Volke von allen Ezenen an; das tiefste empört gewesen sei und gar nicht mehr hingeleben habe. H.-A. Artur Wolff, geschäftsführender Direktor des Deutschen Bühnenvereins, wird als Zeuge und Sach-

verständiger vernommen. Er hat weder bei seinem ersten Besuch des Theaters bei der „Reigen“-Vorstellung, noch bei dem zweiten Besuch am letzten Sonntag trotz sorgfältigen Auswaisens im Publikum eine Spur von Erregung und Lüsternheit wahrgenommen. In dieser Strecksache kommt es nicht auf den Wert an, den einzelne Zeugen des Staatsanwalts dem Buhe beilegen. Ein Teil dieser Zeugen tritt an die ganze Sache doch mit außerordentlich lechhaftem Fanatismus und fast krankhafter Hysterie heran. Durch Verschluß der 8. Kammer des Landgerichts ist sei das Buch als nicht unzulässig freigegeben worden und so kann es sich nur darum handeln, ob die angeklagten Schauspieler unzulässige Handlungen begangen haben. Die Schauspieler seien nicht zur Uebernahme der Rollen gezwungen worden, sie haben sich dazu geradezu gedrängt, mit Freuden aus künstlerischen Gründen die Rollen übernommen, und weil sie zur künstlerischen Persönlichkeit der Frau Gysoldt, des Direktors Sladef und des Oberregisseurs Kausch das größte Vertrauen haben durften. In der Ausführung haben die Darsteller alles vermieden, was Anstoß erregen konnte. Der „Reigen“ ist in Hamburg, Frankfurt a. M., München, Leipzig, Weimar, Chemnitz, Stettin, Hannover aufgeführt worden; die Aufführungen sind reibungslos verlaufen. In Breslau ist das dort ergangene Verbot der Aufführung durch den Minister des Innern aufgehoben worden. — Eine Frage des H.-A. Peine und des Justizrats Dr. Rosenberger über

die Sachverständigen-Qualität des Prof. Brunner

in theaterischen Dingen kann Dr. Wolff aus eigener Erfahrung nicht beantworten, da er mit Prof. Brunner bis dahin nur in Filmangelegenheiten persönlich in Berührung gekommen sei. — Die Zeugen und Sachverständigen, Regisseur Emil Vinde vom Reisinger Theater und Regisseur Carl Pein schließen sich in längeren Darlegungen den Ausführungen der anderen Sachverständigen an.

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Unabhängiges Gesampfe.

Nach etwa Wochenfrist nimmt nun auch die unabhängige Danziger „Freiheit“ zu unserem Parteitagsstellung. Die Herrschaften sind arg verschminkt über die Stellungnahme der größten Zahl der Parteitagsgesandten zur U.S.P. Wir unterbreiteten die Ausführungen der Oeffentlichkeit, getrennt unserem Grundsatze, die Stimme des Volkes zu sein. Darin stimmen wir mit dem unabhängigen Kritikschriftler überein, und trennen nicht persönliche Antipathien, sondern prinzipielle Auffassungen. Solange die Unabhängigen das Sozialistische Aktionsprogramm anerkennen, ist eine Einigung unumgänglich. Das kam auch auf dem Parteitag zum Ausdruck. Die Einigkeit der Arbeiterschaft ist gewiß das höchste Gut, aber auf dem vorgeschlagenen Wege der Kommissionsverhandlungen wird sie nicht erreicht. Die Vorgänge bei der vor 2 Jahren fast vollzogenen, dann durch Witzel verhindertem Einigung war den Parteitagsgesandten noch zu sehr in Erinnerung. Von oben herab warfen die Mitglieder der unabhängigen Reichstagsarbeitsgemeinschaft das Sprengpulver in die Arbeiterschaft, von unten heraus wird sich die Einigung der Arbeiterschaft wieder vollziehen. Der Aufruf unserer Partei und der katastrophale Rückgang der U.S.P. bestärken diese Ansicht.

Derutsche die „Arbeiter-Zeitung“ eine sachliche Stellungnahme zu unserem Parteitagsstellung, so arbeitet der Kritikschriftler nach alter Vorliebe mit persönlichen Ausfällen. Sachlich hat er wenig zu sagen. Nach seiner unmaßgeblichen Ansicht verstehen die Kritiker der U.S.P. eben nichts vom Sozialismus. Den kennt nur die, der schimpfgewaltige Kritikschriftler, der aber trotzdem das unbedachtete Mauerblöschchen spielen muß.

Die fast übereinstimmende Ablehnung des von Neustadt vorgeschlagenen Weges durch die Parteitagsgesandten mag den U.S.P.-Leuten zu denken geben. Daß die Ohnmacht der U.S.P. richtig eingeschätzt wurde, beweist ja auch die Tatsache, daß zur Deckung der Unkosten des unabhängigen Parteitagsgesandten die Mitglieder der einen Extrabehaltung von 1 Mt. aufbringen sollen. Wir könnten dem Kritikschriftler noch mehr unangenehme Tatsachen ins Gedächtnis zurückrufen, lehnen es jedoch ab, weil damit der Arbeiterschaft nicht gedient ist. Die persönlichen Anrempelungen der „Freiheit“ dienen jedenfalls nicht dazu, die Einheitsfront der Arbeiterschaft herbeizuführen.

Aus dem Volkstag.

Die Tagesordnung der nächsten Volkstagsitzung am Donnerstag nachmittag enthält u. a.: Zweite Beratung des Gesetzes betr. Gewährung von Beschäftigungsbefehlen an Erwerbslose; dritte Beratung eines Gesetzes betr. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung; Bericht des Wirtschaftsausschusses über die Anträge betreffend Bänderung der Not der Minderbemittelten.

Es ist ein Antrag eingegangen, welcher vom Senat die Einbringung einer Gesetzesvorlage verlangt, die:

Danziger Stadttheater.

Bernard Shaw: „Helden“.

Der frühere Shaw, wie der spätere: Entzückter, Götterstürmer, feigt hier wie ein Sturmwind in die Romanistik der falschen Helden. Etwas gründlicher, als echter Satiriker (vielleicht in diesem eigentlichen Sinne heute einmal), wobei er unvermeidlich satirisch vorgeht, keine Rücksicht kennt, wo sie manchmal durchaus angebracht wäre und Strafrechte fähig, die fällen, was stehen bleiben sollte. Man hört die Klagen der Schläge, man sieht die entleerten Pupillen, man fühlt, daß es allermehr zu Recht geschieht. Und doch... Es ist etwas, was uns trifft. Denn nach diesem Balkankrieg von 1888, das uns wie ein Operettenmanöver gibt, war ein anderer Krieg. Shaw kommt, als er vor mehr als einem Vierteljahrhundert dieses Stück schrieb, nicht wissen, daß das, was er hier an den Bulgaren tat, einmal etwas wie bitteres Unrecht werden könnte. Und man kann bei der Verspottung dieser Kriegshelden nicht recht das Bild der endlos erscheinenden traurigen Balkanfelder los werden, mit den tauend schlicht gestimmten Holzkreuzen, unter denen neben vielleicht mangelhaften Helden soviel stille, große, echte Schicksale. Und wie mag der Ire Shaw heute zum Verdienstum seiner Brüder stehen, die in einem so hoffnungslos dunklen und kalten Kampfe gegen das imperialistische Mutterland verbluteten? Und noch verbluten werden.

Also: Dieses Stück ist uns zeitlich zu weit entzückt. Wenigstens im Augenblick. Mag sein, daß nachgelassen, die statt noch offener Wunden nur mehr feste Narben und Male weisen, diese Glossierung der Popanzhelden wieder sündungslos als das hingenommen wird, was sie seit wollte: ein Kulturdokument.

Nichts gegen den Antimilitaristen und Kriegsgegner Shaw. Man kann ihn, nicht nur um seiner Gerechtigkeit gegen uns deutsche „Barbaren“ willen, als einen viel zu ehrlichen, unerschrockenen und aufrichtigen Mann, dessen Disziplinen viel zu exponiert sind, um sie noch zu diskutieren. Was er zum Kampfe gegen Kriegsverbrechen und Heldenhabsucht, nicht auf einem Ehrenblatt. Und es ist darum keineswegs unerheblich, wenn er an diesen bulgarischen Offizier-Exemplare statuiert. Und es war ihm ja auch nicht in erster Linie darum zu tun, die „Helden“ zu verhöhnen, als das falsche Vorbild zum Nachahmen. Und es ist ihm, das geringe Parvenü eines noch gänzlich im Elementaren stehenden Volkstumes zu geistigen, sein Trachten nach falscher Zivilisation, das aus... negerhafte Stimmungen mit Talent und Blätterwert, das ihm so schmerzhaft lächerlich zu Gesichte stand und seine so lächerliche Eigenart verurteilte.

Sollt einen Bulgaren (er konnte ebenso ein Serbe oder Montenegriner sein) künftighin sich Shaw vor, den Major Sergius Saranoff. Er hat sich wie ein kleiner Mars ange-

1. Die Einleitung der wirtschaftlichen Gefährdungsausschüsse waltend ausbauen;
2. den Urteilen derselben Rechtswirksamkeit und Vollstreckungsgewalt gibt.

20 Millionen bezahlt. Wie wir erfahren, hat die polnische Regierung dem Senat gemäß dem getroffenen Uebereinkommen den Betrag von 30 Millionen Mark als Abschlagszahlung auf die zu übernehmenden Eisenbahnen überwiesen.

Danziger Interessen in Oberschlesien.

Die Entscheidung der Reichstagskommission über Oberschlesien trifft u. a. Bestimmungen über die Ausführung von Kohlen und Grubenenergieerzeugnissen aus Oberschlesien.

Da die Freie Stadt an den in dieser Beziehung zwischen dem Deutschen Reich und Polen zu führenden Verhandlungen ganz besonders interessiert ist, hat der Senat durch Note vom 9. November die Regierung der Republik Polen ersucht:

a) gemäß Artikel 3 der Danzig-polnischen Konvention vom 9. November 1920 die Freie Stadt Danzig bei den Verhandlungen mit dem Deutschen Reich bezüglich der Belieferung der Freien Stadt mit Kohlen und Grubenenergieerzeugnissen zu vertreten;

b) bei diesen Verhandlungen auf die Bestimmungen des VIII. Teils des Ausführungs- und Ergänzungsabkommens vom 24. Oktober 1921 betr. die Versorgung der Freien Stadt mit Brennstoffen und Kohlen Rücksicht zu nehmen;

c) vor Abschluß des Vertrages gemäß Artikel 8 der Danzig-polnischen Konvention vom 9. November 1920 eine Beratung mit dem Senat der Freien Stadt Danzig vorzunehmen;

d) daselbst bezüglich eines etwa zwischen Polen und dem Deutschen Reich abzuschließenden allgemeinen Wirtschaftsabkommens zu tun.

Gleichzeitig ist gebeten worden, zur Beseitigung von Verzögerungen und zur besseren Berücksichtigung der Interessen der Freien Stadt Danzig deren Vertreter zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, wie dies auch beim Deutsch-Danzig-Polnischen Eisenbahndurchgangsabkommen geschehen ist.

Eine Waggonladung Paraffin gekohlen. Der Expedient Walter Schönfeldt und der Kaufmann Bernhard Ruhs, beide in Neuenhewer und in Haft, hatten sich vor dem Schöffengericht wegen Diebstahls eines Waggons Paraffin und Verletzung dazu zu verantworten. Schönfeldt war bei einer Erdölfirma angestellt und hatte mehrere Waggons Paraffin zu empfangen. Davon bestimmte er einen Waggon für seinen Privatgebrauch. Er stellte für diesen Waggon einen neuen Frachtbrief aus und verkaufte ihn für 30 000 Mk. an den Kaufmann F. in Danzig, dieser an den Kaufmann H. in Boppo. Der Wert des Waggons war 49 000 Mk. Ruhs war bei einer Nachbargenossenschaft angestellt und er hat den ersten Angeklagten zu dieser Tat verlockt. Ruhs hat die 30 000 Mk. in Empfang genommen und davon die Hälfte erhalten. Das Gericht verurteilte Schönfeldt wegen Diebstahls zu 6 Monaten und den Ruhs wegen Anstiftung zu 3 Monaten Gefängnis.

Oberammergauer Passionsspiele. Die Festspiele beginnen am morgigen Freitag und zwar nachmittags 7 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. Ferner finden Aufführungen statt vom 17. bis 30. November abendwärts um 7 1/2 Uhr. Für die festlichen Aufführungen wurde noch ein Orchester engagiert.

tan. Seine Atilla hat fecht und wagt, sein hochgewirkelter, blatt gewächter Schnurrbart blüht. Sein Maul schämt über von kriegerischen Taten. In Wirklichkeit ist er ein kläglichster Amateur, der nur Schaden anzichtet; dazu ein arger Giftmischungsdrücker, der die eigenen Worte Sügen Kraft und voll Dummheit und Feigheit. Range nicht so arg ist der Major Petkoff, eine Art uniformierter Schwelgereichler a la Szupan; aber auch einer der „Mittelschicht“. Ihnen gegenüber steht der Schweizer Hauptmann Blumstein, ein Berufssoldat, der bei den Serben Dienst genommen hat. Ein Mann mit klugen Sinnen für die Wirklichkeit der Kämpfe, wenn es nötig ist, aber immer heillos ist, wenn es nicht nötig ist, der gern Säballetten ist, alles was Pose, Bürokratie und pathetische Exaltiertheit heißt, aus Herzensgrunde hat. Dieser Sohn des republikanischen Danzigs hat den Balkanern einen Sermon mit praktischen Beispielen. Dabei geht es oft sehr lustig zu, wie denn Shaw hier noch nicht jener bittere Äußerer Spötter ist, der er später wird, sondern eher ein frecher Roqueur mit noch viel Nebenwirklichkeit und noch maßvoll trabendem Spirit.

Der Mann M e r a stellte die Komödie sonst recht verständlich heraus. Den ich lasse und wie von selbst einstellenden Operettenkonter, der die heilige Shaw'sche Abstraktion hätte er dämpfen können. Eher im Dialog und Geklapper des Verkehrs der Menschen untereinander werden häufigere (hoffentlich?) Aufführungen beiseite. Mehr Proben! Mehr Proben! Es ist Bernard Shaw. Der läßt sich nicht abführen. Die Inszenierung, die kaum Schwierigkeiten hat, war glücklich und mit bestehenden Mitteln getroffen; aber diese Bilderbogenapparat sind zum Verwundern. Die Darstellung war zum Teil ausgezeichnet. Voran die beiden Hauptpersonen: Arthur Hermann und Ferdinand Meret. Ferner der gesunde, vernünftige, beratende Republikaner in seiner völkermörderischen Einstellung und Stille, dieser schneidig, aufgeblassene, wohl, verlogen, feige und äußerlich ganz recht, solche Kavallerie verlebter Baskensträume. So wurden von diesen beiden, der Theaterzeit nicht abholenden Künstlern die Gegenüber herausgearbeitet. Eine ebenso scharfe Charakterstudie war auch die alte Bulgaren Frieda Wessanoff, die ihrer ausgefällten, breitspurigen Art, stachelnd in Einzelheit, Dummheit und der ganzen unheimlichen Unbegreiflichkeit der Balkanaktion. Beim Er e d e anzusehen, was schon ein Quack für sich; zehnerstellig hielt er sich nicht in kratzigen nach der Pöbel hinneigenden Richtung. Seiner Tochter Malina gab Maria Frau in eine kühle, aber nicht so ihre Natur, die sie auch über viel an maßlosen, übermaßigen Nationalität und der Partei überhaupt lächerliche Dinge, als es von Shaw gewollt war; dabei lag sie sehr präsent aus. Erfaßte sie trug nur die Gewandung der Bulgaren, sonst hätte die Auffassung ihrer Pose eher nach Frankreich als nach Bulgarien; gänzlich nicht nach jenem Bulgaren wie es der

Nachdem die Danziger... (Text is partially obscured and illegible)

Veranstaltungs-Anzeiger

Deutscher Metallarbeiterverband. Die für Mittwoch angelegte außerordentliche Generalversammlung fällt aus, ihr Stattfinden wird nach besamungsgaben werden.

Jugendversammlung heute abend 7 Uhr in der Mauerherberge.

1. Bezirk (Südlich). Dienstag, den 15. November, abends 8 1/4 Uhr bei Steppuhn, Barthäuserstraße: Bezirksversammlung.

Aktion! Sozialistischer! Dienstag, den 15. November, abend 7 Uhr in der Aula Heilige Geistgasse 111: Zusammenkunft.

Sport und Körperpflege. Morgen, Mittwoch, 8 Uhr vorm.: Bezirksvorstandssitzung. Der Bezirksrat beginnt pünktlich 9.30 Uhr vormittags.

Polizeibericht vom 16. November 1921. Festgenommen: 8 Personen, darunter 1 wegen Diebstahls, 1 wegen Konterbande, 1 wegen Bekleidungs von Passanten, 6 in Polizeifast. — O b d a ch t o s: 1 Person.

Standesamt vom 16. November 1921.

Todesfälle: Professor Otto Hermeg, fast 72 J. — Tochter des Musikers Clemer Ahl, 9 M. — Frau Johanna Jacobsen geb. Saenger, 63 J. 7 M. — Bauer Gustav Rod, 68 J. 10 M. — Arbeiter Otto Degen, 16 J. 10 M. — Rassenote Otto Wartsch, 65 J. 7 M.

Standesamt 1 ist zur Beurkundung von Todesfällen am Mittwoch, den 16. d. M. (Buftag), von 11 1/2 bis 1 Uhr geöffnet.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

| | | | |
|--------------------------|-------|------------|-------|
| Polnische Mark: (Ausgl.) | 6,50 | am Vortage | 7,-- |
| Dollar: | 256 | | 270 |
| Engl. Pfund: | 1050 | | 1060 |
| Frank. Francs: | 18,09 | | 16,90 |
| Schwed. Francs: | | | 51,-- |

BOBG

Waga... 28 PL. Bohemia 40 PL. J. D. m. 48 PL. Nr. 18... 25 PL. J. D. cod 50 PL. Stahl... 30 PL. Maadala 70 PL. Gold u. Kark. QUALITÄT. RACHEN

Die hier, die ich... (Text is partially obscured and illegible)

Konzert.

S. S. Der Danziger Lehrergesangsverein veranstaltet Sonntag im Rahmen seiner Jubiläumsgedächtnistage im großen Saale des Schützenhauses ein Festkonzert unter Mitwirkung der Sopranistin Eva Br u d u - H e n n e n und des Hosten des Vereins, ehemaligen Reichsmusikers, der Konzerte nicht öffentlich, sondern für seine Mitlieder veranstaltet und nur eine Reihe Gäste, Freunde des Vereins und die Vertreter der Presse waren geladen. Um 7 Uhr wurde das Konzert durch Männerchöre, unter denen eine Vertonung des Eichenhorffschen „In Danzig“ den heimischen Musikliebhaber Alfred W a l f a n s als geladene und geschmackvolle Konzipienten feingekleidet. Auch Carl G h w a r z, der dem Verein seit 15 Jahren als verdienstvoller Chorleiter vorsteht, hatte als Jubiläumsgabe eine Chorvorspielung überreicht: „Friede der Lanze“ (nach einem Gedichte von Justus Kerner), die durch ihre schlichte Feinheit und ihren Klängeindruck ganz besonders warmen Beifall fand. Dieser, ebenso wie die anderen Chöre, darunter solche von Raum, Hegar, Wolsch, Schmal und Volkshilfsvereinigungen von Dramb, der Männerchor von Hegar, zeigte dem Festbesucher, nicht geringen Sängerchor von seiner besten Seite; Aufmerksamkeiten und reiche dynamische Schattierungen ließen jeden Klang zu einem vollen Genuss werden. Es zeigte sich bei Vortritte zu einem vollen Genuss werden. Es zeigte sich bei Vortritte zu einem vollen Genuss werden. Es zeigte sich bei Vortritte zu einem vollen Genuss werden. Es zeigte sich bei Vortritte zu einem vollen Genuss werden. Es zeigte sich bei Vortritte zu einem vollen Genuss werden.

Lehrlingsfragen auf der Danziger Werft.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Während der Vollarbeiter heute von Lohnforderung an Lohnforderung schreitet, während das Existenzminimum wie von Eisenadspindeln in die Höhe gedrückt wird, geht man dazu über, auf der Danziger Werft einen Lohnabbau der Lehrlinge vorzunehmen.

Entgegen dem Schicksal, entgegen der Abmachung mit der freien Gewerkschaft, dem Metallarbeiterverband, (die Abmachung besagt nämlich, daß bis zum 1. April 1921 der Lohn II. Tarif 1,40, 1,40, 1,40, 1,40 Mark an alle vor dem 1. Juni eingestellten Lehrlinge zu zahlen ist und die Lohnfrage bei Neuereinstellungen durch Abmachung mit den Eltern geregelt werden sollte), gab jetzt die Werfleitung bekannt, daß der Lohn für Lehrlinge im 1. Jahre 0,70, im 2. Jahre 0,90, im 3. Jahre 1,20, und im 4. Jahre 1,60 Mark betrage. Ebenso wird der Schultag nicht bezahlt.

Paul Lehrvertrag hat sich die Werft verpflichtet, den jeweiligen tatsächlichen Lohn zu zahlen. Jetzt durchbricht sie die Abmachungen des Lehrvertrages, indem sie den Schultag nicht bezahlt.

Und weshalb darf die Werft sich dies herausnehmen? Weil sie glaubt, eine formlose, ungeführte Jugendbewegung vor sich zu haben, die sie kneten kann, wie sie will.

Der Reue der proletarischen Jugendbewegung ist es auszuweichen, daß dieselbe nicht bekannt und von den Vollarbeitern wie auch, was viel mehr schmerzt noch von einem Teil der Jugend mit einer gewissen Gleichgültigkeit behandelt wird. Doch wird früher oder später man sich dafür interessieren.

Während es heute nur die parteigekulten Vollarbeiter sind, die in dem jungen Menschen, mit dem zusammen sie an Drehbank und Schraubstock arbeiten, die wachsende Generation und den Fortkämpfer für ihre Ideale sehen, werden auch später die immer Indifferenten auf die Jugend sehen, denn sie hat die Zukunft. Was sie heute noch so gerippt hat, das werden die wachsende Feuertaube und die Ohreigenen werden dafür sorgen, daß sie dahin kommt, wo sie hingehört, in die Organisation der freien Gewerkschaften. Doch nicht dies allein gilt es.

Die Lehrverträge müssen erfüllt werden. Obwohl es klar ist, daß derjenige, der arbeitet, den Wert seiner Kraft im Verhältnis zu den anderen Löhnen sehr wohl kennt und also

die Höhe seiner Lohnforderung alleine bemessen kann, — es gibt die Vormunds-Paragrafen.

Die meisten Lehrlings-Eltern haben nur das Bestreben, ihrem Jungen ein Handwerk lehren zu lassen. Und bei diesem Bestreben schädigen sie sich selbst. Sie übernehmen die Verpflichtung, ihren Sohn bis zum 19. oder 20. Jahre zu ernähren, zu kleiden, usw. Das Kapital saugt alles — saugt die nützliche Arbeitskraft des Jungen, die Heberknechtarbeit des Vaters — schludt, schludt. Nun Arbeiter und ihr? — Warum rüdt ihr nicht ab von dem Kleinfischnetz?

Lehrlingseltern. — Endlich aufgewacht! — Ein jugendlicher Vollarbeiter von 18 Jahren hat 8 Mark Stundenlohn! Und wie? Die Feuertaube wäch, man kauft die Löhne ab. Wägt euch noch mehr Härte auf die Schultern. — Und ihr? — Seid still! Lehrlingseltern erscheint reißlos zur Feuertaubeversammlung am Dienstag, den 15. Nov., in der Maurerherberge.

Erhebt flammenden Protest gegen eine solche Ausbeuterpolitik!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Franz Adomat, Czara; für Inserate Bruno Wermter in Czara. — Druck von J. Wehl & Co., Danzig.

Ämliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Beiz. Neuwahl des Ausschusses der Land-Krankenkasse des Kreises Danziger Niederung. Die auf Sonntag, den 11. Dezember 1921 in der Zeit von vormittags 10 bis nachmittags 3 Uhr anberaumte Wahl der Arbeitgeber wie Versichertenvertreter findet nicht statt, weil für beide Vertretungsgruppen nur je eine Wahlvorschlagsliste eingegangen ist. Die in diesen Listen vorgeschlagenen Personen, welche in Nr. 253 dieser Zeitung am 29. Oktober 1921 bekannt gegeben worden sind, gelten gemäß § 10 der Wahlordnung als gewählt. (5564) Der Vorstand der Land-Krankenkasse des Kreises Danziger Niederung.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper. Dienstag, den 15. November, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 1. Die Jüdin Große Oper in 5 Akten von Scribe. Musik von J. F. Halévy. In Szene gesetzt von Oberregisseur Julius Brüske. Musikalische Leitung: Otto Seiberg. Inspektion: Otto Friedrich. Personen wie bekannt. Ende 10 1/2 Uhr. Mittwoch, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 1. Duettkonzert. Stadttheaterorchester. Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1. „Das Mädchen des Ermiten“. Romische Oper. Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 1. „Kanon, die Wirtin vom goldenen Baum.“ Operette.

festliche Schützenhaus

Morgen, Mittwoch, d. 16. Nov. (Bütag), 2 1/2 u. 7 1/2 Uhr. Form 17. Nov. bis 30. Nov., abends 7 1/2 Uhr: **Oberammergauer Passionsspiele** Die große Volkspassion der weltberühmten Passionsspiele „Jesus von Nazareth“, unter Leitung u. Mitwirkung der berühmten Christus- und Judas-Darsteller: Adoll und Georg Fasnacht sowie Mitwirkung hervorrag. Passionsdarsteller. Vertikaler Chors Chalka-Orchester - Sologebänge - Eigene große Festspielbühne - 300 Mitwirkende. Karten für alle Spieltage Buchhandlung Böning, Kohlenmarkt 10, Tel. 3066 u. an d. Abendkassen.

Freie Volkstheater

Danziger Festsäle (Werkspelehaus). Donnerstag, den 17. November, Serie A Eröffnungsvorstellung **Die Stützen der Gesellschaft** Schauspiel in 4 Aufzügen von Henrik Ibsen. Saalöffnung 6 1/2, Anfang pünktlich 7 Uhr. Ausgabe der Programmnummern erfolgt nur gegen Vorlegung der Mitgliedskarte am Saalzugang.

Wilhelm-Theater

vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot. Für. Otto Normann Heute, Dienstag, den 15. Novbr., abends 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr. „Nixchen“ Operette in 5 Akten von Osk. Straus. Mittwoch, den 16. November: Geschlossen.

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz Klub-Garnituren, Klubsessel, Sofas, Chaiselongues, Auflegematratzen sehr preiswert, Polsterwerkstatt H. Wili, Husarengasse 9. Reparaturen billigst.

St. Bartholomäuskirche. (Geheilt.) **Tuesdays, den 20. November 1921, abends 7 1/2 Uhr: Konzert zum Besten der Gemeinadediakonie. Requiem von W. A. Mozart.** Solisten: **Mis Remolter-Thelmsen** (Sopr.) **Thy Foss** (Alt), **R. Koonkamp** (Tenor), **K. Arnold** (Bass). (5561) Chor: **Frauenthor** (Stange) u. **Harren des Danziger u. Zoppoter Männer-Gesang-Vereins.** Orchester: **Schupp-Kapelle**, verstärkt d. musikalischer. Herren, Orgel: **E. Walter.** Leitung: **Paul Stange.** Karten zu Mk. 10, 5, 7, 6, 5 (num.) Stehplatz 4, bei **Hermann Lau u. a. d. Kirchentür.**

Sporthalle Gr. Allee **DIELE** Telef. 706 Inhaber: **Reinhard Bahlig** Täglich 4 1/2 Uhr nachmittags **KUNSTLER-KONZERT** **Eml Wehrhahn, Repräsentant** **Künstlerkapelle Herbert Schrammeln** **Moeta Kein Weinzwang Echte Biers**

Gedania-Theater Schüsseldamm 53/55 1006 **Ab heute nur bis einschließlich Freitag! Der hervorragende Spielplan! Das Gastmahl des Satans** Detektiv-Schlager in 5 spannenden Akten. **John Brown, Detektiv** . . . **Raul Ludwig.** „Todestreue“ Die Erlebnisse östlich Tage im Kaukasus in 4 großen Akten. „Nobody“ VI. Episode: „Die Dame in Trauer“

Freie religiöse Gemeinde Freitag, d. 18. ds. Mts., 7 1/2 Uhr abends, in der Aula der Scherlerschen Schule, Poggenpohl 18, öffentlicher Vortrag des Herrn Prediger **Slegmeyer:** (5568) **„Die Bedeutung einer freien Religion in den Wirren der Gegenwart.“** Freie Aussprache.

Zur künftigen Vermeidung vorgekommener Mißverständnisse zeigen wir an: **Mein Büro befindet sich Hundegasse 94i, zweite Haustür. Justizrat Reis.** Mein Büro befindet sich **Hundegasse 94i, erste Haustür. Rechtsanwalt Dr. Lewy.**

Robert Ehmann Altstädter Graben 3 neben der Tabakfabrik M. A. Hasso. Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren **Anfertigung eleg. Herrenwarderobe nach Maß** Spezialabteilung für **Damen-Kostüme und -Mäntel** Herren-, Knaben- und Kinder-Konfektion **Berufskleidung.** (4780)

Eine Menge Geld verdienen Sie durch das Aufsammeln von **Metallabfällen.** Kaufe jede Menge Kupfer, Rotguss, Messing und Bleiabfälle zu höchsten Tagespreisen. **Kempa, Ankerschmiedegasse 17, Winterplatz.** (5560)

Kupfer, Messing Blei, Zink usw. kauft zum Tagespreis (1000) **Arndt, Junbergasse 8, Pfefferstadt 31** **Stenographie** Einzelunterricht 4711 Tages- u. Abendkurse. **Otto Stede, Neugarten 11.1** **Nähmaschinen-** reparaturen reich u. billig. **Bernstein u. Comp.** Langgasse 50. 5126

? Wo spielt ? Kapellmeister Molchkowitz ? aus der Krim ? 1923 im **Linden-Restaurant und Café** Altstädter Graben 93. Gegenüber der Markthalle. **Am Bau- u. Böttg. Konzert ernst. Inhalts** ab 4 Uhr nachm.

BORG **Zigaretten** für Qualitäts-Raucher aus feinsten orientalischen Tabaken **№ 18 J. BORG** Baltikum **J. B.** Zoppotas m. M. Sтамбул Mondain Gold :: Kork

Stroh-Panama-Velour-Filz-Hüte für Damen und Herren werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit **umgepreßt, gewaschen und gefärbt.** **Stroh- und Filzhut-Fabrik Hut-Bazar zum Strauß** Annahmestelle nur **Lawendelgasse Nr. 6-7.** (gegenüber der Markthalle). (4388)

Soeben erschienen! **Arbeiter-Notiz-Kalender 1922** Preis 4.— Mark. **Buchhandlung Volkswacht, Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.**

Hausfrauen spart Gas! Warum ärgern Sie sich über Ihr ? Vorbei mit **hohen Gasrechnungen!** Sie erhalten durch mich einen neuen Gasapparat, welcher in keinem Haushalt fehlen darf. Vermöge dieser einfachen, praktischen und konkurrenzlos billigen Vorrichtung, welche durch jedermann spielend leicht an jeder Gaslampe befestigt werden kann, ist jeder Gasverbraucher nicht nur in der Lage ca. 50 Prozent Gas (also die Hälfte der Gasrechnung) zu sparen, sondern er verbessert sogar bei dunklem Brennen die Heiligkeit des Gaslichtes um ca. 800 Prozent. Die Apparate sind tausendfach erprobt und liegen Anerkennungen aus allen Kreisen vor. Versand per 3 Apparate durch Nachnahme in Höhe v. Mk. 26.— **E.A. Bork, Hamburg 19, Eppendorferweg 17.** Vertreter an allen Orten gesucht!

Kleine Anzeigen in unserer Zeitung sind **billig und erfolgreich.** **Elegante Maßanfertigung** unter erprobter technischer Leitung. **Großes Stofflager.** Verkauf auch meterweise. **Schallamach** Dreilgasse 10, Ecke Kohlenzeile, früher Goldene 10. 15116 **Gutes Fahrrad** zu verkaufen. **Dora, Südstraße 1.** **Grammophon** mit 34 Platten preiswert zu verk. Schulz, Langfuhr, Neuschottland 10b. (1) **In trockenes ofenfertiges Stubbholz** Eiche, Buche, Zentner 13,50 ab Lager Alt-Schottland 1/2. 15465 **wilhelm Prillwitz.** Telefon 2530.

Bahn-Kranke werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Kronen usw. unter voller Garantie. Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung. **Zusätzl für Zahnlidende** Telef. **Pfefferstadt 71** Telef. 2621 **2621** Durchgehende Sprechzeit von 8-7 Uhr.

Bruno Wermter :: Danzig Uhrmachermeister und Goldarbeiter **Poggenpohl Nr. 39** empficht sich zur Ausführung sämtlicher Reparaturen an Taschen-, Wand- und Weckeruhren. Lager in silbernen und goldenen Herren- und Damen-Uhren, Ketten und Ringen **Reparaturen an Gold- und Schmucksachen.**